



Center for Research in Economics, Management and the Arts

Teures Schweizerkreuz

René L. Frey

Erschienen in: Basler Zeitung 21. März 2005, S. 18

CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2005-01

Teures Schweizerkreuz

René L. Frey

Universität Basel und CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts

«Teuer» hat eine doppelte Bedeutung. Eine Ware oder eine Dienstleistung ist uns lieb und teuer, wenn sie als besonders wertvoll oder kostbar eingeschätzt wird. Als zu teuer wird eine Ware oder Dienstleistung aber auch dann bezeichnet, wenn sie den Preis nicht wert ist und man sie sich nicht leisten kann oder will.

Auch in der Wirtschaftspolitik begegnet man beiden Seiten von «teuer». Das wäre kaum einen Zeitungsartikel wert, wenn nicht immer wieder teuer im Sinne von wertvoll vorgeschoben würde, um hohe Preise durchzusetzen. Die Konsumenten oder Steuerzahler sollen dazu gebracht werden, Geld auszugeben für «kostbare» Dinge, die für sie im Grunde genommen zu «kostspielig» sind.

Anders formuliert: Gut organisierte Interessengruppen und gewisse Politiker schaffen es immer wieder, im politischen Prozess Ausgaben durchzusetzen, die bei nüchterner Abwägung von Gesamtnutzen und Gesamtkosten nicht zu rechtfertigen sind. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis ist bei genauer Sicht der Dinge jeweils nur für die eigene Gruppe der Interessenvertreter positiv.

«Rent-seeking» sagt man dem im Ökonomen-Jargon: Statt Arbeit und Kapital für die Herstellung realer wirtschaftlicher Güter einzusetzen, werden Ressourcen zur Beeinflussung politischer Entscheidungen verwendet, welche das Bruttoinlandprodukt nicht erhöhen, sondern bloss anders verteilen.

Ein paar Beispiele aus der jüngsten schweizerischen Wirtschaftsgeschichte sollen dies verdeutlichen.

Luftfahrtpolitik: Seit langem ist bekannt, dass in Europa eigentlich nur Platz für einige wenige grosse Fluggesellschaften ist, neben vielen kleineren Regional-, Charter- und Spezialgesellschaften. Die Schweiz glaubte zu Zeiten der Swissair und auch noch nach deren Kollaps, diese ökonomische Vernunft durch Förderung einer nationalen Fluggesellschaft überlisten zu können. Man hat uns eingeredet, ohne eigenen «national carrier» wären wir auf dem Luftweg vom Ausland abgeschnitten.

Über 2 Milliarden Franken hat diese Aktion uns Steuerzahlern gekostet. Nochmals etwa die gleiche Summe haben Grossunternehmen, unter

politischem Druck, aufgewendet (und verloren), um zu sichern, was der Markt wesentlich besser und billiger geschaffen hätte: die Anbindung der Schweiz ans Ausland und die Erreichbarkeit der Schweiz aus dem Ausland. Entweder besteht in der Schweiz eine Nachfrage nach Luftverkehrsleistungen, dann wird sie von Fluggesellschaften – in- oder ausländischen – befriedigt. Erst recht gilt dies bei den heutigen Überkapazitäten. Oder aber die Nachfrage fehlt, dann ist es Verschwendung, Flugleistungen anzubieten.

Edle Argumente wurden vorgeschoben, um bestimmten Gruppen – nicht einmal besonders armen! – Einkommen zu sichern, die unter Wettbewerbsbedingungen nie möglich wären. Die Swiss wurde politisch als teuer im Sinn von kostbar «verkauft», hat sich aber als zu teuer, das heisst ausgesprochen kostspielig, erwiesen.

Landwirtschaftspolitik: Es ist unbestritten, dass die Schweizer Bauern massgeblich dazu beigetragen haben, dass unser Land den Zweiten Weltkrieg ohne allzu grosse Entbehrungen überstanden hat. Sie haben dann aber während Jahrzehnten die daraus resultierende Dankbarkeit genutzt, um staatliche Absatzgarantien und höhere als Weltmarktpreise durchzusetzen. Die Belastungen betragen für die Konsumenten und Steuerzahler viele Milliarden pro Jahr.

Als dieses Rent-seeking unter dem Druck ärmerer Länder und internationaler Organisationen (GATT, WTO) als protektionistisch kritisiert wurde, ging man von Produktionsbeiträgen zu Flächenbeiträgen über. Aus meiner Sicht ist dieser ökologisch motivierte Wechsel zwar zweckmässig gewesen. Für die schweizerische Volkswirtschaft ist jedoch schädlich, dass es der Bauernlobby gelungen ist, den Grenzschutz aufrecht zu erhalten. Beweis ist das nach wie vor enorme Preisgefälle bei Agrarprodukten zwischen der Schweiz auf der einen Seite und Deutschland und Frankreich auf der anderen.

Öffentliches Beschaffungswesen: Bis vor wenigen Jahren war es üblich, öffentliche Aufträge nur an Unternehmungen der Schweiz, des eigenen Kantons oder sogar der eigenen Gemeinde zu vergeben. Der Wettbewerbsdruck wurde auf diese Weise stark abgebaut – zu Gunsten der

Unternehmungen, zu Lasten der Steuerzahler. Wiederum wurden edle Motive vorgeschoben, beispielsweise bessere Qualität, besserer Service. Auch dies: nichts anderes als Rent-seeking.

Technische Normen: Mit einer unterschiedlichen Breite von Küchenapparaten und anderen technischen Normen lässt sich die eigene Industrie auf einfache Weise vor ausländischer Konkurrenz schützen. Zu bezahlen haben diesen Protektionismus die Konsumentinnen und Konsumenten. Sie können weniger als die Konsumentinnen und Konsumenten anderer Länder von den Vorteilen der Massenproduktion profitieren.

Die Beispiele liessen sich fast beliebig verlängern. Oft werden hehre nationale Werte vorgeschoben und durch nationale Symbole wie das Schweizerkreuz (früher Tells Armbrust) abgesichert, um Rent-seeking zu betreiben.

Ich habe nichts gegen die Schweiz, auch nichts gegen das Schweizerkreuz. Ich liebe beide. Sie sind mir teuer im Sinne von «kostbar». Ihr protektionistischer Missbrauch ist mir aber zu teuer im Sinne von «gesamtwirtschaftlich zu kostspielig». Er führt zur viel beklagten Preisinsel Schweiz und ist mitverantwortlich für unsere Wachstumsschwäche.

Plakatativ zusammengefasst: Schweizerkreuz auf Heckflossen nein, auf T-Shirts ja!